

**Ministerium für Bildung, Wissenschaft
und Kultur**
Der Minister



An die Landräte und Oberbürgermeister
Landesverband der Volkshochschulen
Städte- und Gemeindetag
Landkreistag
- lt. Verteiler -

Schwerin, 2. Juli 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 24. Juni 2014. Mich erreichten seitens des Landesverbandes der Volkshochschulen Hinweise hinsichtlich der geplanten Vorgehensweise, die zumindest teilweise auch bei Ihnen auf Verständnis getroffen zu sein scheinen. Hierbei geht es nach meinen Informationen insbesondere um folgende Punkte:

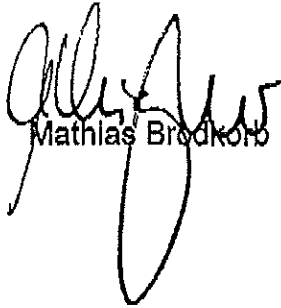
1. Zwar steht einer rückwirkenden Änderung der Gebührenordnungen zur Sicherstellung der Gebührenfreiheit für Angebote der Grundbildung und Berufsreife an Volkshochschulen prinzipiell nichts entgegen, allerdings ist die Konstituierung der zuständigen Gremien noch nicht abgeschlossen. Insofern könnten frühzeitige Kommunikationsprozesse Irritationen auslösen.
2. Eine frühzeitige Bekanntgabe der geplanten Gebührenfreiheit für Angebote der Grundbildung und Berufsreife im Schuljahr 2014/15 sowie die Einführung der Gebührenfreiheit für Kurse der Mittleren Reife im Schuljahr 2015/16 könnte dazu führen, dass die im nächsten Schuljahr geplanten Angebote der Mittleren Reife nicht mehr ausreichend in Anspruch genommen werden.
3. Eine frühzeitige Kommunikation könnte aufgrund unterschiedlicher Arbeitsstände der Träger der Volkshochschulen zu Irritationen bei Betroffenen und Erklärungsnot bei den Volkshochschulen sowie ihren Trägern führen.

Um all diesen Bedenken konstruktiv zu begegnen, eine arbeitsreiche Abstimmung auf höchster Verwaltungsebene zu vermeiden und nach erneuter Beratung mit Herrn Thomalla und Herrn Schröder möchte ich Ihnen daher folgenden Kompromissvorschlag unterbreiten:

Die öffentliche Bekanntgabe der Maßnahme wird auf den Beginn des Schuljahres 2014/15 der Volkshochschulen und somit auf September 2014 verschoben. Auf diese Weise hätten Sie die Gelegenheit, die nötigen Anpassungen der Gebührenordnungen rechtzeitig einzuleiten und entsprechende Kommunikationsprozesse mit den zuständigen Gremien vorzubereiten bzw. zu veranlassen. Hierdurch sollten auch die weiteren befürchteten Probleme vermieden werden können.

Ich hoffe, dass diese pragmatische Vorgehensweise mögliche Bedenken auflösen kann. Sofern dies nicht der Fall sein sollte, erbitte ich eine zeitnahe Rückmeldung bis möglichst 14. Juli 2014. Andernfalls setze ich Ihr Einverständnis voraus und würde wie beschrieben verfahren wollen.

Mit freundlichen Grüßen



Mathias Brodtkorb